

Lebenszeichen vom Freisinn

Lange herrschte in der Partei vor allem Krise, jetzt gibt es sogar wieder Wahlerfolge – Pulsmessungen bei der FDP

DAVID BINER, SAMUEL TANNER

Am Morgen danach versucht sich Sabina Freiermuth, die Präsidentin der Aargauer FDP, auf die Vorbereitung der nächsten Grossratsitzung zu konzentrieren. Aber der Wahlsonntag hallt noch nach: «Es kommen viele schöne Rückmeldungen», sagt sie. Die FDP hat bei den Grossratswahlen im Aargau einen zusätzlichen Sitz gewonnen. Es ist eine kleine Verschiebung in der politischen Geologie der Schweiz, aber eine grosse für die FDP. Freiermuth spricht von einer «Trendwende».

In den Wahlen der vergangenen Monate hat die FDP vor allem verloren: im Kanton St. Gallen, in Uri, in Schwyz, im Thurgau, vor allem aber bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober vergangenen Jahres, die eine Art Identitätskrise auslösten. Wer war man eigentlich: die letzte staatstragende Partei – oder ein liberaler Oppositionstrupp? Parteipräsident Thierry Burkart war erst «nach reiflicher Überlegung» bereit, überhaupt weiterzumachen. An Versammlungen wurde es teilweise therapeutisch: «Wir sind im Jammertal, einverstanden.» Es lief eine Operation namens «FDP Turnaround 2027» an. Aber bald kam mit der nächsten kantonalen Wahl die nächste Niederlage.

«Engagieren und propagieren»

Nun sind wieder Lebenszeichen wahrnehmbar: Im Kanton Schaffhausen gewann die FDP im August einen Regierungsratsitz und im September einen Kantonsratsitz. Man war mit scharfen Tönen gegen die integrative Schule und die gegenwärtige Asylpolitik in den Schlagzeilen. Und am Sonntag der zusätzlich gewonnene Sitz im Aargauer Parlament, dem Heimatkanton von Thierry Burkart.

Wenn Urs Wohlgemuth, der Präsident der Schaffhauser FDP, die Zugewinne erklären soll, nennt er zwei Gründe: Einerseits habe er die Partei «wieder sichtbarer, nahbarer» machen wollen. Er hat sich in den Stiftungsrat eines Wohnhauses für Körperbehinderte in Schaffhausen wählen lassen, er engagiere sich bei der Seniorenuniversität. Er habe gemerkt, «dass wir uns engagieren – und das dann auch propagieren müssen», sagt er. Und andererseits habe er auf ein klareres Profil gesetzt, mit wenigen Kernbotschaften, ohne



Der FDP-Präsident Thierry Burkart am Samstag an der Delegiertenversammlung in Tenero.

URS FLÜELER / KEYSTONE

Nebensätze: «Zweizeiler, die wir ganz dominant auf Plakate gedruckt haben.»

Die FDP habe sich in der Vergangenheit zu sehr verzettelt, sagt Wohlgemuth, aber das bessere nun: «Im Moment liefert uns die FDP Schweiz sehr gute Positionspapiere, die wir an der Basis eins zu eins übernehmen können.» In der Bildungspolitik inszeniert sich die FDP für ihre Verhältnisse ungewohnt plakativ («So retten wir die Volksschule»): mit einer sogenannten Toolbox, vorgefertigten Mustervorstellungen für die Kantonalparteien. Die wortneblige Kommunikation ist abgelöst worden von Medienmitteilungen wie «Vincenzo Mascioli, neuer Asylchef des Bundes: Hier ist Ihr Pflichtenheft».

Es sind Instrumente, es ist eine Schärfe, für die man sich lange zu schade war, auch aus «Angst ums Image», wie es intern heisst. Inzwischen aber werde allen klar, dass man sich – wie es alle anderen längst gemacht hätten – die Nebensätze abgewöhnen müsse. In der Partei scheint es zumindest ein neues

Bewusstsein für den Ernst der Lage zu geben. Man scharft sich hinter die Parteispitze – unabhängig davon, wie sehr man deren Kurs unterstützt. Man macht mit, oder man schweigt zumindest vorläufig.

Recht, Pflicht, Schuldigkeit

In der FDP ist man zudem überzeugt, die Erfolgsmeldungen aus dem Aargau und aus Schaffhausen hätten nicht nur interne, sondern auch externe Gründe: «Zuletzt fanden linke Ansprüche bei Abstimmungen eine Mehrheit», sagt Sabina Freiermuth, die Präsidentin der Aargauer FDP. «Aber jetzt sorgen sich, gerade in bürgerlichen Kantonen, immer mehr Leute, was das kostet und wer es bezahlen soll.»

Im Aargau habe man die FDP als Partei eines breit gefassten Sicherheitsbegriffs positioniert: «sichere Grenzen, sichere Schulwege, aber auch sichere Arbeitsplätze, zudem Schutz des Eigentums vor dem Staat.»

Ähnlich formulierte es Thierry Burkart in seiner Rede vor den Delegierten am Samstag in Tenero, Kanton Tessin. Man sei «die bürgerlichste Partei im Land», sagte er, wenn man bürgerlich definiere als: «Schutz für die Bürger vor immer mehr Staat, immer mehr Einmischung und Übergriffigkeit». Im vergangenen Herbst hiess es, es hätten jene Parteien gewonnen, die Schutz bieten könnten: vor sozialen Härten, vor Zuwanderung – durch den Staat. Die liberale Idee der Eigenverantwortung sei schwierig zu vermitteln, hiess es auch innerhalb der FDP. Nun scheint man eine eigene Erzählung als Schutzschirm-partei gefunden zu haben.

Burkart sagte in Tenero, man stehe einer «Koalition der Bezüger, der Anspruchsvollen, der Mühsamen» gegenüber. Auch in der SVP sehne man sich nach staatlichen Lösungen. Nur die FDP stehe noch auf der Seite jener, «die sich nicht jeden Morgen überlegen: Wo ist der Staat, der mich unterstützt?» Unter

ihm ist die FDP die Partei der Pflichtschuldigen. Sprüche, Witze, politische Folklore gab es in seiner Rede nicht. Er sprach von «Recht und Pflicht und Schuldigkeit» – das sind die politischen Wertezonen, in denen er seinen Freisinn konkurrenzlos sieht.

In den Resultaten aus dem Aargau oder aus Schaffhausen will Burkart noch keine Trendwende erkennen. Dafür sei es zu früh. In Basel-Stadt etwa, wo die FDP neben der LDP eine schwierige Position hat, gab es am Sonntag leichte Verluste. Die Lage bleibt fragil. Dass sich die Partei stabilisiert habe und die schärfere Profilierung in der Asyl- und Bildungspolitik an der Basis ankomme, glaubt er aber sehr wohl. Er sei positiv überrascht ob den zahlreichen, überwiegend freundlichen Rückmeldungen.

Der Test kommt bald

Am Montag steht er noch unter dem Eindruck der Delegiertenversammlung von Tenero, wo ein scharfes Asylopapier fast diskussionslos verabschiedet wurde. Natürlich werde es immer einzelne geben, die es anders sähen – und inhaltliche Debatten seien wichtig. Aber er spüre einen deutlichen Willen, geschlossener aufzutreten, sagt Burkart, sowohl an der Basis als auch in der Fraktion in Bundesbern.

Der Test kommt bald: im schwierigen EU-Dossier. Aus Sicht der FDP haben die bilateralen Beziehungen eine wirtschaftspolitische, aber (etwa in den grossen Sektionen der Romandie) auch eine emotionale, teilweise identitätsstiftende Bedeutung. Burkart, der schon als junger Grossrat im Kanton Aargau skeptisch gegenüber Brüssel war, will deshalb die Verantwortung von sich weg und an die Basis delegieren – die Delegierten sollen den Kurs bestimmen.

In seiner Rede in Tenero sagte er, man werde sich erst äussern, wenn das Ergebnis der Verhandlungen vorliege, auch wenn das «vielleicht nicht wahnsinnig farbig und populär» sei. Es bleibt schwierig. Die FDP muss auf alle gleichzeitig Rücksicht nehmen: auf ihre Exportunternehmer, die mit der Europäischen Union geschäften, auf ihre zuwanderungskritischen Kreise, auf ihren eigenen Bundesrat, Aussenminister Cassis. Sollte die Basis ihre Parole per Zufall mehr beschliessen, drohte das Ende der neuen Geschlossenheit. Aber daran mag an diesem Montag niemand denken.

Sogar Linke kritisieren den «Angriff» auf die dritte Säule

Die Finanzministerin Karin Keller-Sutter löst mit ihren Plänen für höhere Steuern heftige Reaktionen aus

KATHARINA FONTANA, MICHAEL FERBER

Es ist ein Stich ins Wespennest: Der Bundesrat will die Steuern auf Kapitalbezüge aus der zweiten und der dritten Säule erhöhen. Die Mehreinnahmen von geschätzt 220 Millionen pro Jahr sollen dazu beitragen, den strapazierten Bundeshaushalt zu entlasten. Doch «Keller-Sutters Angriff auf den Mittelstand und die Grossverdiener», wie die «Sonntags-Zeitung» titelte, hat einen schweren Stand. Das zeigen die ablehnenden und zum Teil heftigen Reaktionen, die auf die Meldung folgten.

Wie die neue Regelung zur Besteuerung des Altersguthabens im Detail aussehen soll, weiss man noch nicht; der Bundesrat will die Vorlage nächstes Jahr in die Vernehmlassung schicken. Klar ist aber, dass es sich um eine spürbare Verschlechterung für viele Steuerpflichtige handeln würde. Heute wird das ausbezahlte Kapital aus der zweiten und der dritten Säule separat vom übrigen Einkommen besteuert, zu einem privilegierten Tarif (bei der direkten Bundessteuer ist es ein Fünftel des ordentlichen Tarifs). Dieses Privileg will der Bundesrat abschaffen: Künftig soll der Bezug des Alterskapitals nicht mehr günstiger besteuert werden als der Bezug der

Altersrente. Dazu soll vereinfacht gesagt das Kapital aus der zweiten und aus der dritten Säule auf eine entsprechende Jahresrente (nach der Restlebenserwartung) umgerechnet werden. Diese Jahresrente wird zum übrigen Einkommen hinzugerechnet. Der Steuersatz, der sich so ergibt, ist massgebend für die Besteuerung des ausbezahlten Kapitals.

Frage der Verlässlichkeit

Für den Mittelstand und die Gutverdiener würde die geplante Änderung teuer, diese Gruppen würden empfindlich getroffen. Auch stellt sich die Frage der Verlässlichkeit: Darf der Staat, nachdem er das steuerprivilegierte private Sparen jahrelang gefördert und die Leute dazu ermuntert hat, plötzlich die Regeln ändern? Wie steht es mit dem Vertrauensschutz?

Bei der FDP ist man über die unpopuläre Steuererhöhung, die von der eigenen Bundesrätin propagiert wird, gar nicht erfreut. Und stellt klar, dass man eine höhere Besteuerung von Kapitalbezügen in der beruflichen und in der privaten Vorsorge ablehnt. Die SVP schliesst höhere Einnahmen oder Steuern kategorisch aus. Auch in der Mitte ist man sich der Brisanz des Vorschlags inzwischen bewusst geworden. Vor einem Monat

hatte die Mitte das bundesrätliche Entlastungspaket noch als zu einseitig auf die Ausgabenseite fokussiert bezeichnet. Jetzt kritisiert der Mitte-Fraktionschef Philipp Matthias Bregy «die Regeländerung mitten im Spiel» und dass man den «sparenden, eigenverantwortlichen Mittelstand schröpfen» wolle – «na bravo!».

Selbst bei der SP ist leise Kritik zu hören. Die Basler SP-Nationalrätin Sarah Wyss findet es zwar überfällig, dass der Kapitalbezug bei der zweiten Säule gegenüber dem Rentenbezug nicht länger steuerlich privilegiert wird. Heute werde dieses Mittel von wohlhabenden Personen häufig dazu genutzt, Steuern zu sparen. Doch was die dritte Säule angeht, ist Wyss zurückhaltend. Man könne die berufliche und die private Vorsorge nicht miteinander vergleichen, es seien unterschiedliche Systeme. Die dritte Säule diene dem persönlichen Ansparen und sei wichtig für den Mittelstand. Es gebe für den Bund sinnvollere Möglichkeiten, zu neuen Einnahmen zu kommen, als beim privaten Alterssparen anzusetzen, sagt sie.

Kritik kommt auch aus der Wissenschaft und aus Verbänden. «Diese Initiative geht in die völlig falsche Richtung», sagt Florian Weigert, Professor für Financial Risk an der Universität Neuenburg. Er betont die Bedeutung

der privaten Vorsorge. Die Säule 3a beispielsweise motiviere zum langfristigen Vermögensaufbau, der für viele Menschen dringend nötig sei.

«Falsche Stossrichtung»

Schliesslich leiden die erste und die zweite Säule des Altersvorsorgesystems unter dem demografischen Wandel und den niedrigen Zinsen. Bei vielen Versicherten ist in den vergangenen Jahren die sogenannte Ersatzquote zurückgegangen. Diese sagt aus, welcher Anteil des Lohns aus der Zeit der Berufstätigkeit nach der Pensionierung durch die Gesamtrente aus AHV und Pensionskasse gedeckt ist. Laut der jährlich publizierten Pensionskassen-Studie der Investmentgesellschaft Swisscanto ist die durchschnittliche Ersatzquote für Altersrenten bei einem Lohn von 80 000 Franken im Zeitraum 2013 bis 2022 um 10 Prozentpunkte auf 70 Prozent gesunken.

Laut Studien von Finanzinstituten ist für viele Personen sogar das sogenannte 60-Prozent-Ziel nicht mehr erfüllt, also das einer Ersatzquote von mehr als 60 Prozent. Das Ziel wird aus der Schweizer Verfassung abgeleitet. Gemäss dieser sollen die Renten aus erster und zweiter Säule im Ruhestand eine Fortsetzung

des gewohnten Lebensstandards ermöglichen. Um dies zu erreichen, wird die private Vorsorge immer wichtiger, beispielsweise in der steuerlich geförderten Säule 3a. «Das Vorhaben des Bundesrats würde die Säule 3a aber deutlich unattraktiver machen», sagt Weigert. Die langfristigen negativen Aspekte einer solchen steuerlichen Änderung seien zu wenig bedacht worden.

Reto Spring, Präsident des Finanzplaner-Verbands Schweiz, kritisiert ebenfalls die «falsche Stossrichtung» einer solchen möglichen steuerlichen Änderung. Bei der Altersvorsorge sei Planungssicherheit sehr wichtig, und diese würde dadurch beschädigt. Aufgrund ihrer zunehmenden Bedeutung sollte die private Vorsorge vielmehr zusätzlich gefördert werden, findet er. Möglicherweise handle es sich bei der derzeitigen Diskussion aber ohnehin um einen Sturm im Wasserglas, hofft Spring. Es könne schliesslich nicht im Sinne der Politik sein, die private Vorsorge zu beschädigen. Er verstehe die Sorgen von Politikern darüber, dass sich immer mehr Versicherte das Pensionskassenguthaben auszahlen lassen, anstatt es als Rente zu beziehen. Hier könnte man aber Anreize reduzieren, ohne gleichzeitig der privaten Vorsorge in der dritten Säule zu schaden.